

Globaler Ökonus als Mehrzweckinstrument

Finanzierung der «dauerhaften Entwicklung»

Von Igor Marinček*

Ein globaler Ökonus, der an den Verbrauch nichterneuerbarer Energien gekoppelt ist, würde es erlauben, Entwicklungs- und Umweltziele gleichzeitig anzupfeilen. Die Lenkungsabgabe dürfte den Energieverbrauch drosseln, und die pro Kopf uniforme Rückerstattung der Einnahmen würde den Entwicklungsländern Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Der weltweite Verbrauch an nichterneuerbaren Energien belief sich 1990 auf rund 7,5 Mio. t Ökivalente (töe): 3101,4 Mio. t Kohle; 1738,1 Mio. t Erdgas; 2192,1 Mio. t Kohle; 461,1 Mio. t Kernbrennstoff. Die Industrieländer verbrauchen davon 74%, zählen aber lediglich 23% der Weltbevölkerung. Pro Kopf verbrauchen sie damit fast das Zehnfache der Entwicklungsländer.

Stufenweise Einführung

Eine weltweit durchgesetzte Lenkungsabgabe auf nichterneuerbare Energien in der Höhe von 15 US-Cent pro kg Ökivalent (dies entspricht etwa 20 \$ pro Barrel, also einer Verdoppelung des gegenwärtigen Barreelpreises) würde ohne Verbrauchsreduktion pro Jahr rund 1125 Mia. \$ ergeben (für jeden Cent/kgöe 75 Mia. \$). Würde dieses Geld nach dem Prinzip des Ökonus gleichmässig auf die gesamte Weltbevölkerung verteilt, so ergäbe sich pro Erdenbürger eine Auszahlung von 210 \$.

Dieser globale Ökonus könnte als Entgelt für die alle Menschen in etwa gleiche Weise treffenden externen Kosten des Energiekonsums betrachtet werden oder als Abgeltung der allen Menschen gleich zustehenden Umweltrechte. Um eine internationale Beschlussfassung in dieser Richtung nicht unnötig zu erschweren und um der Wirtschaft die Anpassung an die höheren Preise für nichterneuerbare Energien zu erleichtern, sollte die Lenkungsabgabe auf der Grundlage eines langfristig überschaubaren Plans stufenweise eingeführt werden: Man könnte mit einem Zuschlag von 1 bis 3 Cent/kgöe ab 1993 beginnen und in der Folge stufenweise jährlich um 1 Cent/kgöe erhöhen.

Marktnahes Lenkungsinstrument

Die Aussicht auf eine progressive Versteuerung hätte mittel- und langfristig einen sparsameren Umgang mit nichterneuerbaren Energien zur Folge. Damit würden der Anstieg der globalen CO₂-Emissionen gebremst sowie die Nachfrage nach Warentransporten auf ein umweltverträglicheres Mass beschränkt. Die Nachfrage nach energieintensiven Produkten und Dienstleistungen, nach Transporten und nach Ausbau der Verkehrsinfrastruktur würde ab-, diejenige nach energieintensiven Waren und Leistungen zunehmen, mit entsprechend verlockenden Zukunftsperspektiven für sogenannte öko-effiziente Unternehmen und für die Technologiebranche. Ein sparsamerer Umgang mit nichterneuerbaren Energien hätte insgesamt eine Reduktion der Umweltbelastung zur Folge sowie eine Streckung der Reserven zugunsten der künftigen Generationen und würde helfen, der sogenannten «sustainable developments» näher zu kommen.

Umverteilung von Nord nach Süd

Würde die Lenkungsabgabe sofort auf dem Niveau von 15 Cent/kgöe eingeführt, so hätten die Industrieländer für ihren heutigen Jahresverbrauch von 5,5 Mio. t an nichterneuerbaren Energien pro Jahr 827 Mia. \$ in den Ökonus einzupreisen. Sie erhielten daraus in Proportion zu ihrer heutigen Bevölkerung von 1,25 Mia. Menschen 261 Mia. \$ zurückerstattet. Ihre jährliche Nettobelastung käme in diesem Rechnungsbispiel somit auf 566 Mia. \$ zu stehen, bei Verbrauchsreduktionen auf entsprechend weniger. Demgegenüber würden die Entwicklungsländer für ihren heutigen Verbrauch von knapp 2 Mio. t pro Jahr mit 296 Mia. \$ belastet, erhielten aber in Anbetracht ihrer hohen Bevölkerung von 4,13 Mia. 862 Mia. \$ ausbezahlt (positiver Nettotransfer von 566 Mia. \$).

Das Zustandekommen des vorgeschlagenen Mechanismus hinge in erster Linie vom Willen der Industrieländer ab. Angesichts ihres hohen Verbrauchs an fossilen Ressourcen und der damit einhergehenden Verantwortung für die globalen Umweltprobleme sowie für den Ressourcen- und Ökokaipverehr zulasten der künftigen Generationen ist es aber durchaus angebracht, dass die Industrieländer in Anlehnung an das Verursacherprinzip den finanziellen Hauptbeitrag leisten. Die grösste Beitragslast hätten bei der vorgeschlagenen Lenkungsabgabe die USA zu tragen, welche den weltweit höchsten jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch an nichterneuerbaren Energien aufweisen. Bei 15 Cent/kgöe und g hieblendem Verbrauch hätten sie 285 Mia. \$ auszuliefern, erhielten aber nur 52 Mia. \$ zurück.

Entwicklungsgerechte Zweckbindung

Die hohe Nettobelastung der Industrieländer würde es andererseits rechtfertigen, für das im Rahmen der Weltbank oder der Uno zu schaffende Lenkungs- und Kontrollgremium für den globalen Ökonus eine paritätische Sitzverteilung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern vorzusehen. Am Ende jedes Jahres würden die gesamten Erträge aus der Lenkungsabgabe (inkl. Zinsen) länderspezifisch auf die Bevölkerungsmasse einheitlichen Pro-Kopf-Betrag verteilt. Mit der länderspezifischen Auszahlung würde dem Souveränitätsanspruch der einzelnen Länder Rechnung getragen.

Als Nettoutzähler des globalen Ökonus müssten sich die Entwicklungsländer gefallen lassen, dass sie bei der Verwendung der Ökonusgelder an gewisse Auflagen gebunden wären. Diese hätten einen entwicklungs- und umweltgerechten Einsatz des Ökonus zu gewährleisten, etwa gemäss den folgenden Prioritäten:

Finanzierung der «Agenda 21»: Die bevorstehende «Umwelt- und Entwicklungskonferenz» (Unced) in Rio de Janeiro wird sich bekanntlich mit einem «Agenda 21» genannten Entwicklungsprogramm im Umweltbereich befassen. Dieses läuft auf die Unterstützung einer Neuorientierung der Politik der Entwicklungsländer in den Bereichen Umwelt und Entwicklung hinaus. Die Schätzungen der jährlichen Kosten für die «Agenda 21» lauten auf 625 Mia. \$, davon wären 125 Mia. \$/Jahr international zu finanzieren. Das sind 60-70 Mia. \$ über die heutige weltweite Entwicklungshilfe hinaus. Zum Schliessen der Lücke bei der internationalen Finanzierung wäre lediglich ein Anteil von 1 Cent/kgöe an der vorgeschlagenen Lenkungsabgabe erforderlich. Bis heute konnte aber die Finanzierung der «Agenda 21» keine Einigung erzielt werden, und die Entwicklungsländer machen von dieser Frage ihre Bereitschaft zu globalen Umweltengagements abhängig. In erster Priorität wäre deshalb mit dem globalen Ökonus die internationale Finanzierung der «Agenda 21»-Aktivitäten in den einzelnen Entwicklungsländern sicherzustellen, was die angespannten nationalen Budgets nicht zusätzlich belasten würde.

Rückkauf der Schulden der Entwicklungsländer: Bereits ab dem zweiten Jahr des stufenweise eingeführten globalen Ökonus könnten die Entwicklungsländer mit einem höheren Geldgehalt rechnen, als für die internationale Finanzierung der «Agenda 21» erforderlich ist. Bekanntlich beläuft sich die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer mittlerweile auf 1350 Mia. \$. Bei einer jährlich um 1 Cent/kgöe

steigenden Lenkungsabgabe könnte dieser Schuldenberg mit dem den Entwicklungsländern zustehenden Ökonus innerhalb von 8 Jahren abgetragen werden. Im Hinblick auf die bevorstehende Rio-Konferenz wäre ein solcher Schuldentilgungsvorschlag das beste Argument, um auch die Entwicklungsländer auf umweltgerechte Politik zu verpflichten.

Umweltgerechte Entwicklungsfinanzierung: Umweltgerechte Entwicklung ist nicht nur eine Frage der geeigneten Politik, sondern auch eine solche der erforderlichen finanziellen Mittel. Der Einsatz des Ökonus für die Finanzierung von Umstellungen auf umweltfreundlichere Technologien, soweit nicht bereits in der «Agenda 21» vorgesehen, wäre deshalb besonders sinnvoll (Technologietransfer).

Auswirkungen auf die Schweiz

Bei gleichbleibendem Verbrauch an nichterneuerbaren Primärenergien würde die bis zum Jahr 2005 anvisierte globale Lenkungsabgabe von 15 Cent beziehungsweise etwa 22,5 Rpf. pro kgöe für die Schweiz eine jährliche Bruttobelastung von 3,05 Mia. \$ (etwa 670 \$/Kopf) ergeben. Nach Rückerstattung des Ökonus von rund 210 \$/Kopf verbliebe eine Nettobelastung in der Höhe von 1,62 Mia. \$ oder rund 360 Rpf./Kopf. Dies sind 0,75% des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts von 1990. Weil diese Summe der Dritten Welt zugute käme, wäre wohl zumindest ein Teil davon als Entwicklungsbetrag der Schweiz einzustufen. Im Jahre 1990 belief sich die Entwicklungshilfe der Eidgenossenschaft auf 990 Mio. Fr.

Der Ansatz eines globalen Ökonus beruht ähnlich wie der von verschiedener Seite vorgeschlagene Vorschlag handelbarer Emissionszertifikate auf der Idee einer gleichmässigen Zuteilung von Umwelt-Eigenumsrechten auf die gesamte Weltbevölkerung. Der Zertifikatsansatz ist aber deutlich radikaler, weil er die Einhaltung fester, nicht zu überschreitender Emissionsgrenzen erzwingt. Der vorgeschlagene globale Ökonus ist im Vergleich dazu der sauberer, administrativ einfachere Ansatz. Er ist darauf ausgelegt, mittels klarer, in ihrer Entwicklung voranschreitender Preissignale eine Trendkorrektur zu bewirken. Im Gegensatz zu Emissionszertifikaten bietet er zwar keine Gewähr dafür, dass eine gegebene Emissionsgrenze bis zu einem festen Zeitpunkt respektiert wird, aber der Ökonusansatz eignet sich vor allem für die Verfolgung der langfristigen Absichten, da er sowohl den Umwelt- als auch den Entwicklungsleistungen zugute kommt.

Kein Ende der wirtschaftlichen Talfahrt im Osten Wachstum frühestens 1995 – mehr Arbeitslose und Inflation

Die Volkswirtschaften des ehemaligen Comecon und der GUS befinden sich weiter auf einer tieferen Talfahrt. Erst Mitte der neunziger Jahre kann mit einem Wirtschaftswachstum gerechnet werden. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die lange Durststrecke zu einer Vergrößerung der Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Reformen führen könnte. Darum wird überlegt, die Reformen zu beschleunigen.

oo. Wien, im Mai

Laut einem Bericht des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIW) verzeichnete die Wirtschaft Osteuropas 1991 einen starken Rückgang: Die Industrieproduktion ging gegenüber 1990 real um 11%, der Ausstoss der Landwirtschaft um 5% und das Sozialprodukt sogar um 16% zurück. Für 1992 wird in keinem Oststaat eine Erholung erwartet. In Polen und Ungarn kann aber immerhin mit einer deutlichen Abschwächung des Produktionsrückgangs gerechnet werden. Hingegen müssen die Nachfolgestaaten der UdSSR mit einer Verstärkung des Schrumpfungprozesses rechnen, der vom WIW auf 20% veranschlagt wird.

Veränderungen im Handelsverkehr

Die gesamte Region musste 1991 einen Rückgang ihres Westhandels hinnehmen, wobei die Importe stärker abnahmen als die Exporte. Somit verbesserte sich der Aussenhandelsaldo um mehr als 5 Mia. \$. Lediglich die drei Reformländer Polen, Ungarn und die CSFR konnten ihre Exporte in den Westen beträchtlich erhöhen. Dazu dürfte nicht nur die Abwertung der heimischen Währungen, sondern auch die EG-Handelserleichterungen beigetragen haben.

Das Auslandskapital hat laut der WIW-Studie nur in Ungarn die Wirtschaftsentwicklung spürbar positiv beeinflusst. Insgesamt gingen aber die Anlageinvestitionen in allen Ländern drastisch zurück, was mittel- und langfristig zur Vergrößerung des Wirtschaftswachstums führen könnte. Die Bruttoverschuldung der Region (einschliesslich des ehemaligen Jugoslawien) stieg um 15 Mia. \$ Ende 1990 auf rund 180 Mia. \$ Ende

Kennzahlen zum Westhandel

(in Mio. \$)

	Exporte 1990	Exporte 1991	Importe 1990	Importe 1991	Saldo 1990	Saldo 1991
Bulgarien	1 148	913	1 934	896	-785	-17
Polen	1 644	1 135	3 076	1 081	+3 618	+334
Rumänien	3 084	2 560	1 045	1 860	+1 039	+680
CSFR	5 085	5 640	5 653	4 876	-568	-784
Ungarn	3 162	7 331	4 581	8 406	+581	-1 075
Osteuropa	23 123	27 579	10 239	26 839	+3 884	+740
UDSSR/GUS	31 607	26 347	37 923	26 383	+3 116	-36
«Jugoslawien»	12 254	9 574	14 756	9 842	-7 502	-2 606
Gesamte Region	66 984	63 500	71 918	63 064	-4 934	-438

Quelle: WIW

1991, die Nettoverschuldung hingegen nahm um 23 Mia. \$ auf 156 Mia. \$ zu. Die gesamte Region verzeichnete bei einer besseren, aber gleichwohl negativen Leistungsbilanz einen erheblichen Abbau der Guthaben im Ausland.

Kein Ende der Krise am Arbeitsmarkt

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg in den osteuropäischen Ländern von Ende 1990 bis 1991 um rund 2 Mio. auf 3,8 Mio. und entsprach damit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von etwa 8%.

Trotz der sinkenden Nachfrage akzentuierte sich auch die Inflation. Von allen Ländern berichtete nur Polen von einer Verlangsamung der Teuerung gegenüber dem Vorjahr; sie blieb jedoch wie in den meisten Ländern bei 70% zweistellig. Die geringste Geldentwertung wurde 1991 in Ungarn mit 35%, die stärkste in Bulgarien mit 480% registriert. Für das laufende Jahr erwartet das WIW einen weiteren, drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit mindestens im Ausmass des Vorjahres und eine hohe Inflationsrate.

Mehr Tempo als Heilmittel?

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) betont in seinem jüngsten Monatsbericht, dass es im Grunde keine Rolle spiele, ob der Weg zur Marktwirtschaft über eine «Schocktherapie» wie in der CSFR und Polen oder aber graduell wie in Ungarn geht. So fiel die Wirtschaft Ungarns im Zeitraum von 1988 bis 1991 um 12,5% zurück, jene der CSFR um 13,1% und jene Polens um 15,8%.

Während die Länder Ostmitteleuropas den Tiefpunkt der Rezession wahrscheinlich 1991 erreicht haben, sind die diesbezüglichen Aussichten in Südosteuropa sowie für die Nachfolgestaaten der UdSSR laut dem Wifo ungewiss. Alle Szenarien zur künftigen Entwicklung kommen zum Schluss, dass in der Periode des Wirtschafts-

Anglo American mit gestiegenem Reingewinn

Dividende um 6 Prozent erhöht

ach. Johannesburg, 1. Juni

Der in Südafrika ansässige, aber weltweit tätige Bergbau- und Investitionskonzern Anglo American Corporation hat die Ertragsüberschüsse von 1990/91 in dem am 31. März abgelaufenen Geschäftsjahr 1991/92 mehr als verdoppelt. Der ausschüttungsfähige Gewinn stieg um 20% von 1,4 Mia. Rf. auf 1,68 Mia. Rf. Zu diesem guten Ergebnis trug vor allem der Verkauf substanzeller Anteile am Milenhaus Genco und an der First National Bank bei. Das Investimenteninkommen vor Steuern stieg um 8,4% auf 1,7 Mia. Rf. Dagegen trug die Sparte Handel (vor allem Kohle, Immobilien und Industriemineralien) mit 507 Mio. Rf. geringfügig weniger als letztes Jahr zum Nettoeinkommen vor Steuern bei. Unter Einschluss der nicht ausgeschütteten Gewinne von Beteiligungsgesellschaften (an denen Anglo American Minderheitsanteile von 20% bis 50% des Aktienkapitals hält) ergibt sich eine kleine Zunahme des versteuerten Reingewinns um 0,6%, d. h. von 2,59 Mia. Rf. auf 2,61 Mia. Rf. Der für die Dividendenausüttung zur Verfügung gestellte Betrag beläuft sich auf 801 Mio. Rf. Anglo American zahlt eine um 6% höhere Dividende von 345 Cent pro Aktie.

Der Konzernvorsitzende Julian Ogilvie Thompson bezeichnete den Jahresabschluss angesichts der weltweiten Konjunkturschwäche und der sich verliefenden Rezession in Südafrika als befriedigend. Seiner Meinung nach belegt das Ergebnis die Widerstandskraft des stark diversifizierten Konzerns. Eine Analyse des Reingewinns (einschliesslich Beteiligungsgesellschaften) zeigt, dass Anglo American am meisten mit Diamanten verdient (640 Mio. Rf. oder 24,5% des Reingewinns). An zweiter Stelle stehen die Beteiligungen an Mineral-Finanzgesellschaften, darunter JCI, Minorco und Gold Fields. Sie stueren 563 Mio. Rf. (21,6%) zum Reingewinn bei. Unter dem Einfluss der Rezession schrumpfte der von Industriebetrieben erwirtschaftete Gewinnanteil von 16,3% auf 14,3% (273 Mio. Rf.). Beispielsweise haben sich Anglos Goldminenbeteiligungen aber behauptet und ihren Anteil am Gesamtgewinn des Konzerns von 8,8% auf 9,4% (244 Mio. Rf.) gesteigert. Dagegen schrumpften die Gewinne der Beteiligungen an Platin- und Kupferminen von 9,2% auf 9% oder 236 Mio. Rf. Die Anglo American Corporation hat die schwarze Sozialanthropologin Mamphela Ramphele in ihren Verwaltungsrat aufgenommen. Ramphele hat sich bisher – unter anderem auch im Auftrag Anglo Americas – vorwiegend mit Fragen der Armutsbekämpfung beschäftigt.

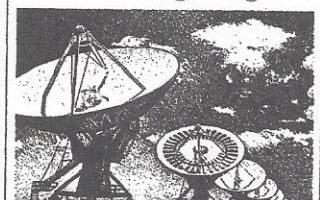
umbaus die Kosten den Ertrag noch einige Jahre übertreffen werden.

Das Wifo unterstreicht, dass die lange Durststrecke die gesellschaftliche Akzeptanz der Reformen gefährden könnte. Deshalb wurde ein alternatives Szenario einer beschleunigten Reformausarbeitung, das die Anpassungsperiode in Ostmitteleuropa verkürzen würde. Dann könnte laut einer Studie der «Group of Thirty» in Ungarn 1994/95 ein Wirtschaftswachstum von real etwa 7,5% jährlich, in der CSFR von fast 7% und in Polen von 5,5% möglich sein. Ein bedeutender Risikofaktor für Osteuropa ist die Lage in der GUS. Der Ausfall von Brennstofflieferungen, die nur teilweise durch andere Quellen ersetzt werden können, würde sich auf alle Länder der Region in hohem Mass nachteilig auswirken. Die Zukunft der GUS ist darum sehr ungewiss, weil dort der Anpassungsprozess erst bevorsteht. Der politische Zerfall der Ex-UdSSR bewirkt die wirtschaftliche Desintegration eines Gebietes, dessen Wirtschaft bisher eng verflochten und durch Monopolproduzenten geprägt war. Der Wunsch der Republiken nach voller Souveränität schliesst eine unabhängige Wirtschaftspolitik mit ein, die auch die bisher einheitliche Währung in Frage stellt.

Anzeige

REX264 921M

Auf Empfang.



INDUSTRIE LEASING

Wir hören zu.

Industrie-Leasing AG, Immobilien-Leasing AG, Autocred AG Autoleasing, Badenerstrasse 329, 8040 Zürich, Telefon 01 491 33 55. Oder in den Geschäftsstellen des Schweizerischen Bankvereins

* Der Autor ist wissenschaftlicher Adjunkt im Bundesamt für Landwirtschaft.